111. Fallen alle Erklärungen, welche ein vorgeladener und zur Vernehmung vorgesforderter Zeuge vor dem Gericht abgibt unter den Gesichtspunkt der Vernehmung des Zeugen im Sinne des §. 60 St.P.O. und unterliegen sie als solche dem Beeidigungszwange?

II. Straffenat. Ur. v. 24. September 1880 g. M. Rep. 1896/80.

I. Schwurgericht I Berlin.

Aus den Gründen:

„Nach Inhalt des Sitzungsprotokolles hat die Strafkammer die Vernehmung des vom Angeklagten in der Hauptverhandlung sistierten Entlastungszeugen darüber, daß die Preise, für welche Angeklagter die Waren lombardiert habe, angemessen seien, zwar beschlossen, nachdem aber Zeuge erklärt, daß er die in Rede stehenden Waren gar nicht gesehen, nach allerseits erfolgtem Verzicht auf den Zeugen, zufolge Gerichtsbeschlusses von dessen Vernehmung Abstand genommen.

Die Revision des Angeklagten findet in jener Erklärung des Zeugen eine Auslassung zur Sache, welcher nach dem §. 60 St.P.O. die Beeidigung habe vorausgehen, mindestens aber nachfolgen müssen. Dieses sei nicht geschehen und die dadurch begründete Gesetzesverletzung habe

durch den demnächst ausgesprochenen Verzicht beider Teile nicht angewendet werden können.

Dieser Ausführung läßt sich nicht beitreten.

Mag immerhin die Auslassung des Zeugen sich auf die Sache selbst bezogen haben, so erscheint dieselbe doch nicht als das Ergebnis der Vernehmung desselben, welcher nach §. 60 a. a. O. die Vereidigung vorangehen oder unter Umständen nachfolgen muß. Die Vernehmung ist ein Akt der Beweisaufnahme, welcher nach §. 237 das. von dem Vorsitzenden ausgehen muß und nach §. 67 das. mit Befragung des Zeugen über Vornamen und Zunamen zu beginnen soll. Der Vorsitzende ist in dieser Richtung überhaupt noch nicht thätig geworden, er hat weder an den Zeugen die allgemeinen Personalfragen gerichtet, noch die Vereidigung desselben bewirkt, noch verkündet, daß aus besonderen Gründen solche bis nach Abschluß der Vernehmung ausgesetzt bleiben soll. Es handelt sich um eine spontane Äußerung, welche vielleicht auf die Eröffnung des Vorsitzenden an den Zeugen, daß und worüber seine Vernehmung erfolgen werde, jedenfalls aber vor Beginn derselben, gethan wurde und nicht die volle Wissenschaft des Zeugen zur Sache bekunden, sondern gegenteilig die Vernehmung selbst als vom Standpunkt des Zeugen aus überflüssig abwenden sollte.

Derartige Aussagen fallen ebensowenig unter den §. 60 St.P.O. als dieses von sonstigen, wenn auch vom Vorsitzenden selbst provozierten Aussagen, z. B. bezüglich der Identität des Zeugen, gilt, welche nur den Zweck haben, die Vernehmung selbst vorzubereiten oder einzuleiten."